

Regionalkonferenz am 23. Oktober 2023

Begrüßung Stellv. Fraktionsvorsitzender Frank Buß

1. Begrüßung

Die Regionalkonferenz ist seit vielen Jahren ein fester, ein wichtiger Termin für die Freien Wähler in der Region Stuttgart und ich freue mich Sie/Euch so zahlreich im Kraftwerk Altbach begrüßen zu dürfen.

Mein besonderer Gruß gilt Herrn Andreas Lorey, der bei der Netze BW für die kommunalen Beziehungen in der Region Mittlerer Neckar zuständig und bei den Freien Wähler in Stuttgart aktiv ist.

Sehr herzlich begrüße ich Frau Gruner und Herrn Ratherd, die das EnBW-Projekt „Fuel Switch in Altbach“ in ihrem Impulsvortrag vorstellen.

Heute müssen Sie mit mir vorliebnehmen. Leider muss ich unseren Fraktionsvorsitzenden Andreas Hesky heute wegen eines Todesfalls im engsten Familienkreis entschuldigen. Er hat als Vorsitzender in den letzten Jahren viel Zeit und Kraft in den Erfolg und das Miteinander in der Regionalfraktion investiert. Wir unterstützen ihn gerne; unsere Gedanken sind in dieser schweren Zeit bei ihm und seiner Familie.

Herzlich begrüße ich heute unsere Landesgeschäftsführerin Annette Silberhorn und Kollegen Bernd Dürr, der heute den aktuellen Stand der Wahlkonzeption für die Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 vorstellen wird.

Das deutsche Klimaschutzgesetz regelt, dass bis 2045 die Treibhausgasneutralität verbindlich erreicht werden soll. Baden-Württemberg hat entschieden, schon 2040 klimaneutral zu sein. Diese verbindlichen Vorgaben sollen die Kommunen eingehalten werden bzw. sie haben die Pflicht, ihre Beiträge zu leisten.

Dabei sind folgende übergeordneten Ziele formuliert:

- Die Strom soll komplett regenerativ erzeugt werden
- Mobilität soll mit alternativen Antriebssysteme erfolgen
- Wohnraum soll energieeffizient und möglichst treibhausgasneutral beheizt werden

Das Klimagesetz Baden-Württemberg verpflichtet Stadtkreise und Große Kreisstädte bis 31. Dezember 2023 einen kommunale Wärmeplan als Grundlage für die Entwicklung eines klimaneutralen Gebäudesektors zu erstellen. Für kleinere Kommunen ist die Wärmeplanung freiwillig.

Diese kommunale Wärmeplanung umfasst eine Bestandsanalyse zum Wärmebedarf und zur Versorgungsstruktur sowie eine Analyse der vorhandenen Potentiale zur Wärmeversorgung mittels erneuerbaren Energien. Darauf aufbauen sollen Szenarien für klimaneutrale Wärmeversorgung im Jahr 2040 und eine Umsetzungsstrategie hierzu entwickelt werden.

Mittlerweile beabsichtigt die Bundesregierung Ende Oktober das Gesetz für die „Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze“ zu verabschieden. Ziel ist eine flächendeckende Wärmeplanung, mit der die Wärmeversorgung in Deutschland bis 2045 auf Treibhausgasneutralität umgestellt werden soll. Dieses Gesetz soll zum 1. Januar 2024 in Kraft treten und verpflichtet jede Gemeinde zur Wärmeplanung auf ihrer Markung. In Kommunen unter 100.000 Einwohnern müssen die Wärmepläne bis 30. Juni 2028 erstellt sein.

Dieses Gesetz sieht die Einführung von „Wasserstoffnetzgebieten“ zur Wärmeversorgung vor, d.h. in diesen Gebieten können wasserstoffbasierte Heizanlagen genutzt werden. Eine vergleichbare Regelung gibt es in BW nicht. Hier setzt dann auch die Wasserstoffstrategie der Region Stuttgart an, die durch Vernetzung der Akteure im Bereich Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie die aktuell noch vorhandenen Wettbewerbsvorteile erhalten und ausbauen soll. Das Förderprogramm mit einem Volumen von 20 Mio. €, das wir in der Regionalversammlung unterstützt haben, soll Anreize für den gezielten Aufbau und die schnellere Verbreitung von Produktions-, Speicher- und Nutzkapazitäten schaffen. In der ersten Förderrunde wurden 2 Projekte mit insgesamt 4,8 Mio. € unterstützt.

Das Bundesgesetz enthält auch verbindliche Dekarbonisierungsvorgaben, wonach jedes Wärmenetz ab 1. Januar 2030 zu einem Anteil von mindestens 30 % und ab dem 1. Januar 2040 zu einem Anteil von mindestens 80 % der Nettowärmeerzeugung im Wärmenetz mit Wärme aus erneuerbaren Energien oder Vergleichbaren eingespeist werden muss.

Für viele Kommunen im Neckartal ist die EnBW als Fernwärmeversorger ein wichtiger Akteur bei der Wärmeversorgung. Als Bürgermeister in Plochingen verfolge ich deshalb das Projekt „Fuel Switch“ mit großer Aufmerksamkeit und freue mich nun auf den Impulsvortrag.

Die Kommunalwahl 2024 findet in einer Zeit von tiefgreifende Transformationsprozessen statt, die eigentlich einer starken politischen Steuerung mit klaren Prioritäten bedürfen, die weder in Berlin noch in Stuttgart erkennbar sind.

2. Regionalpolitische Schwerpunkte

Über die Regionalplanung stellt die Regionalversammlung die Weichen für die Energiewende. Bei der verantwortungsbewussten Fortschreibung des Regionalplans zum Ausbau der Windkraft und der Fotovoltaik war unsere Fraktion immer wieder das Zünglein an der Waage. Bei allen Vorbehalten, der Bau von Windkraftanlagen ist bei einer Stromerzeugung aus regenerativen Energie unverzichtbar. Die Landesregierung hat die Vorgaben gemacht, dass 2% der Landesfläche für Windkraft und Freiflächenphotovoltaik gesichert werden muss. Unsere Vertreter im Planungsausschuss haben sich immer für ausgewogene Lösungen eingesetzt. Sorge machen einerseits der Zeitplan und andererseits das Fehlen notwendiger Bauteile und Fachkräfte.

Entscheidend für die Verkehrswende in der Region Stuttgart ist der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, doch die Realität sieht anders aus. Die erforderlichen Taktverdichtungen und -ausweitungen überfordern das Schienennetz, mit der Folge, dass Qualität und Pünktlichkeit seit längerem nicht mehr den zufriedenstellend sind oder – wie es Bernhard Maier zuletzt formulierte „Die Bedienungsqualität der S-Bahn kann den Fahrgästen nicht länger zugemutet werden. Zum täglichen Betriebschaos kommen die Sperrungen der Stammstrecke, Angebotsreduzierungen aufgrund fehlender Lokführer, Zweifel an der komplikationsfreien Einführung von ETCS, Finanzierung des Deutschlandtickets usw..

Verkehrspolitik in der Region Stuttgart hat nur einen geringen Spaßfaktor. Wir vertreten eindeutig die Meinung, dass zuerst die bestellten Fahrleistungen zuverlässig und pünktlich angeboten werden müssen. Lichtstreife am Horizont ist die S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen, die nach nur 25 Jahren endlich kommt oder die S-Bahn-Verlängerung nach Nürtingen. Auf großer Flughöhe werden Zukunftsprojekte diskutiert. Natürlich ist es richtig, die bestehenden Schienen der Schusterbahn und der Panoramabahn zu sichern, doch hier hat nicht den Verband Region Stuttgart den Hut auf. Ein Besichtigungstermin im August hat gezeigt, dass S-Bahn-Haltestellen in diesem sensiblen Stuttgarter Wohnumfeld der Panoramabahn keine echte Chance auf Genehmigung haben. Die LHS Stuttgart und das Land müssen klären, wer die Trägerschaft und den Betrieb übernimmt.

Spannend ist derzeit die Frage der Finanzierung des Deutschlandtickets. Bereits im Februar habe ich darauf hingewiesen, dass wir das Versprechen der Bundes- und Landesregierungen hinsichtlich der Finanzierung eng begleiten. Aktuell muss der VVS und über die Verkehrs- und Kreisumlage die Kommunen deutliche Einnahmeverluste kompensieren, da fast alle Pendler auf das kostengünstigere Deutschlandticket umgestiegen sind, jedoch kaum zusätzliche Kunden hinzukommen. Die Verkehrsminister liegen sich wegen der fehlenden Finanzierung in den Haaren und der FDP-Verkehrsminister Wissing steht vor einem Scherbenhaufen. Das Risiko steigt, dass am Ende die Kommunen größere Finanzierungsanteile tragen müssen. Wir fragen kritisch nach, denn die Verkehrswende sieht anders aus.

Ein sehr schlechtes Bild gibt Minister Wissing auch beim Schleusenausbau auf dem Neckar ab. Die hohe Verkehrsbelastung in der Region Stuttgart ist ein Risiko für den Güterverkehr unserer Wirtschaft und somit für unseren Wohlstand und für Arbeitsplätze. Die Binnenschifffahrt ist eine Chance, Güter von der Straße weg zu verlagern. Deshalb bezahlt der Bund seit rund 15 Jahre einige Personalstellen bei der Gewässerverwaltung.. Man fragt sich: warum? Das von Minister Wissing verkündete „Aus“ ist ein schwerer Rückschlag für die Wirtschaftsregion Stuttgart und Äußerungen aus dem Verkehrsministerium, dass man gar nicht daran denke, den Bundesverkehrswegeplan umzusetzen, ist eine Missachtung des Bundestags, die beispiellos ist. Als politisches Signal haben wir eine Resolution der Regionalversammlung initiiert.

Die Wirtschaftsregion Stuttgart hat einen neuen Geschäftsführer. Für uns ist dies der richtige Zeitpunkt, um über eine Entwicklung der Wirtschaftsförderung nachzudenken. Die Zeiten und die Anforderungen an die Wirtschaft ändern sich rasant. So sehen wir erhebliche Chancen bei der KI. Zurecht hat Andreas Hesky zuletzt darauf hingewiesen, dass wir mit KI unsere Klimaschutzziele besser erreichen und Wohnraum bzw. Gewerbeobjekte schneller errichtet werden. Deshalb unterstützen wir das regionale Förderprogramm, denn „KI ist der Kraftstoff für die Zukunft“.

3. Regionalwahl 2024

Die Politik war schon immer weit weg vom Alltag der Menschen. Die derzeitige Distanz ist rekordverdächtig. Ein Blick auf die politischen Akteure erklärt dies. Früher hieß es „Kreissaal – Hörsaal – Plenarsaal“ –, mittlerweile ist nicht mal ein Schulabschluss erforderlich, um in Deutschland an höchster Stelle Verantwortung zu tragen. Ich frage: wie soll jemand ohne jede Berufs- und Lebenserfahrung wissen, wie das Leben von normalen Menschen verläuft.

Unsere Antwort bei der Kommunalwahl sind Kandidatinnen und Kandidaten, die Mitten im Leben stehen und als Persönlichkeiten das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger genießen. Der frühere Landesvorsitzende Heinz Kälberer prägte das Bonmots „Wer etwas werden möchte, geht zu einer Partei. Wer etwas ist, geht zu den Freien Wählern.“ Dies muss für uns alle bei der Aufstellung unserer Wahllisten Ansporn sein.

Wir müssen beweisen, dass wir tatsächlich „die besten Köpfe“ haben.

Die Freien Wähler baden-württembergischer Prägung sind als Vereine organisiert. Wir sind nicht hierarchisch organisiert, sondern individuell und vielseitig. Es ist für uns kein Problem, dass die Freien Wähler aus A eine andere Haltung wie die Freien Wähler aus B vertreten und der Landesverband braucht somit keine gesamtpolitischen Grundsatzprogramme.

Das ist unsere Stärke.

Diese Freie-Wähler-DNA ist uns wichtig. Dies wurde beim umfassend angelegten Diskussionsprozess zum Umgang mit der Freie-Wähler-Partei deutlich. Für eine Kooperation oder gar Assimilation haben sich nur Einzelstimmen ausgesprochen. Auch ein Zurückweichen, z.B. durch eine Änderung unseres Namens, haben wir eindeutig abgelehnt. Angesichts unserer kommunalen Verankerung und unserer Stärke in den Gemeinderäten, Kreistagen und der Regionalversammlung können wir die anstehende Kommunalwahl 2024 selbstbewusst und zuversichtlich angehen.

Statt unerfüllbare politische Wünsche zu formulieren, sollten wir dafür sorgen, dass der Bürgerschaft zugesagte öffentliche Dienstleistungen zuverlässig und auf Dauer seriös finanzierbar angeboten werden.

Wir müssen den Finger in diese Wunde stecken und eine realitätsnahe Politik für die Kommunen, die Landkreise und die Region Stuttgart fordern. Unsere Kernkompetenzen Bürgernähe und Finanzen bietet uns eine Chance bei der kommenden Kommunalwahl, als Stimme der Vernunft, nah bei den Menschen.